dokumentation

Fachtagung „Familie in Zeiten des demografischen Wandels“
11. Juni 2014, AWO Begegnungszentrum, Gelsenkirchen

Familie in Zeiten des demografischen Wandels

Der demografische Wandel und die daraus resultierenden Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft gehören zu den bedeutenden sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Originär damit zusammenhängende Begriffe wie Geburtenrückgang, Überalterung und Zuwanderung wirken oft als Auslöser kontrovers geführter Diskussionen.

Die Politik ist gefordert, Mittel und Wege zu finden, den sich ankündigenden Problemlagen mit sinnvollen Konzepten entgegen zu treten. Es gilt heute Antworten zu finden auf Fragen, die das zukünftige Zusammenleben in unserer Gesellschaft betreffen.

Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf die Familie? Wie verändern sich Lebensräume, Sozialräume und Versorgungsstrukturen und vor welchen Herausforderungen stehen unsere Sozialsysteme? Wo liegen Risiken, die einer Gegensteuerung bedürfen und wo gibt es Chancen, die unserer Gesellschaft neue Möglichkeiten eröffnen? ■

zukunftsforum familie e.v.

AWO Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Grußwort

der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig

für die Tagung „Familie in Zeiten des demografischen Wandels"

Liebe Tagungsteilnehmerinnen, liebe Tagungsteilnehmer,

die demografische Entwicklung und der fortschreitende Strukturwandel in Deutschland verändern unsere Gesellschaft spürbar. Sinkende Einwohnerzahlen, eine zunehmende Lebenserwartung und Zuwanderung führen dazu, dass wir weniger, älter und internationaler werden.

Wie groß die Bandbreite der Herausforderungen durch den demografischen Wandel ist, macht auch die Demografiestrategie der Bundesregierung deutlich, deren Themen von Bildungsbiografien, Jugendpolitik und Familie über Arbeitsmarkt, Gesundheit, regionale Entwicklung und Zuwanderung bis zu einem selbstbestimmten Leben im Alter reichen. Im Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden suchen wir nach Lösungen. Denn der demografische Wandel kann nur gemeinsam gestaltet werden. Das Zukunftsforum Familie ist für mich ein wichtiger Partner bei der Gestaltung moderner Familienpolitik.

Unbestreitbar stehen Familien im Zentrum der demografischen Veränderungen und spiegeln die demografische Entwicklung wider. Häufig wird dann über Geburtenraten und Familiengründungen gesprochen. Das ist zu kurz gegriffen. Familie und Kinder haben bei den Menschen unverändert einen hohen Stellenwert und sind wichtig für das eigene Lebensglück. Dabei ist nicht die Lebensform entscheidend, sondern das gemeinsame Miteinander.

Eine zentrale Aufgabe moderner Familienpolitik ist für mich, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Frauen und Männer sollen Zeit für Familie haben und gleichzeitig ihre beruflichen Ziele verfolgen können – ohne, dass ein Bereich zu kurz kommt oder ein Elternteil alles allein machen muss. Die Mehrheit der jungen Menschen wünscht sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Berufsleben. Doch Befragungen zeigen auch: Gut 60 Prozent der Eltern mit Kindern im Alter zwischen ein und drei Jahren befürworten ein Lebensmodell, in dem sich beide gleichermaßen in Familie und Beruf engagieren können. Aber nur 14 Prozent können dies auch umsetzen.

Manuela Schwesig © Bundesregierung/Denzel

Die Familienpolitik geht nun neue Wege: Das Elterngeld Plus unterstützt zukünftig Eltern, die schon während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit in den Beruf einsteigen wollen. Wenn beide Eltern pro Woche 25 bis 30 Stunden parallel arbeiten, erhält jeder Elternteil das Elterngeld Plus nochmals für vier zusätzliche Monate als Partnerschaftsbonus.

Das Elterngeld Plus ist der erste Schritt zu einer Familienarbeitszeit. Wenn beide Eltern eine Zeit lang etwas reduziert arbeiten können, bleibt für beide genug Zeit für die Familie, und niemand muss seine beruflichen Ziele gefährden. Die Familienarbeitszeit ist Teil meiner Vision einer modernen Familienpolitik, mit der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf partnerschaftlich verbessert wird und Familien mehr Flexibilität erhalten.

Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, flexiblere Arbeitszeiten und ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen sind weitere Schlüssel, um Familien auch in Zukunft den Rücken zu stärken. Diese Themen stehen auch im Mittelpunkt dieser Tagung. Ich wünsche Ihnen interessante Impulse und anregende Diskussionen! ■

Manuela Schwesig

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Einführung

Michael Scheffler MdL

Vorsitzender AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

„Die Herausforderung des demografischen Wandels liegt vor allem darin, die Chancen einer bunteren und älteren Gesellschaft zu erkennen und zu nutzen. Die familiengerechte Gestaltung von Lebensräumen ist eine wichtige Voraussetzung für die Nutzung von Chancen. Eine gute Infrastruktur vor Ort ist nicht nur für junge Familien wichtig, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Auch ältere Menschen profitieren davon in hohem Maß. Die AWO bietet hier seit langem gute Angebote vor Ort.“

Frank Baranowski

Oberbürgermeister Stadt Gelsenkirchen

„Diese Fachtagung ist hier genau am richtigen Ort, denn Gelsenkirchen widmet sich schon seit einigen Jahren intensiv dem Thema Familie und Demografie. Dabei verfolgen wir eine Politik, die junge, aber auch älter werdende Menschen gleichermaßen anspricht, sie unterstützt und Menschen aus anderen Ländern und Kulturen integriert. Da sich demografische Herausforderungen in Gelsenkirchen schon früh abgezeichnet haben, konnten Lösungen mit Vereinen und Verbänden entwickelt und Bürger/innen in den Diskussionsprozess miteinbezogen werden.“

Input

Mit neuem Mut – die Demografiestrategie weiterdenken!

Franz Müntefering, Bundesminister a.D.

„Der demografische Wandel ist kein unabwendbares Katastrophenszenario sondern ein Wandlungsprozess, der gestaltet werden muss. Unser Ziel muss eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige Gesellschaft sein und bleiben. Denn diese ist die Voraussetzung für die Realisierung individueller Lebensentwürfe. Dabei ist Familie Thema Nummer Eins."

Der demografische Wandel kommt nicht irgendwann, sondern wir sind mittendrin. Wir müssen die damit verbundenen Chancen und Risiken anpacken. Wenn wir uns jetzt zurücklehnen, geht das zu Lasten der Schwachen - und zwar der schwachen Menschen und der schwachen Regionen. Wie gut die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern sind, geht oft nicht mit guter oder schlechter Kommunalpolitik einher, sondern ergibt sich aus regionalen Strukturen. Es muss dafür gesorgt werden, dass Regelungen, die auf der Bundes- und Landesebene beschlossen werden, vor allem eine gute Umsetzbarkeit vor Ort im Blick haben. Dabei sollte das Prinzip einer Politik der Nachhaltigkeit gelten.

Eine gute und verlässliche Familienpolitik ist bei der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels der Dreh- und Angelpunkt. Dabei stellt uns die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor große Herausforderungen, denn Deutschland war lange Zeit ein kulturell und familienpolitisch hoch konservativer Staat. In den 60er Jahren sprach der damalige Familienminister Franz-Josef Wuermeling von der Gemeinschaft zersetzenden Berufstätigkeit der Frau. Anscheinend hat das viele Frauen nicht davon abgehalten berufstätig zu sein, aber sie haben vermehrt auf Kinder verzichtet. Wir können feststellen: Die Frauen, die 1940 in Deutschland geboren wurden, haben zu zehn Prozent keine Kinder. Die 1970 geborenen Frauen, haben zu 30 Prozent keine Kinder. Der Staat darf sich eigentlich nicht in die Familienplanung der Menschen einmischen. Dennoch muss sich die Politik fragen, wo liegen die Ursachen und was sind die Konsequenzen? Gibt es bestimmte Dinge, die Menschen abhalten, Kinder zu bekommen?

Ein erster wichtiger Schritt wäre, jungen Frauen und Männern das Gefühl der Machbarkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu geben. In Frankreich funktioniert das schon ganz gut. Hier wissen Studentinnen und Studenten, dass es gute familienunterstützende Leistungen gibt, die es ihnen auch als Eltern ermöglichen, weiter zu studieren und später zu arbeiten. In Deutschland sieht das anders aus. Hier müssen Frauen und Männer mindestens sechs bis sieben Jahre im Beruf arbeiten, damit sie überhaupt Karrierechance haben. Fragt man junge Menschen nach ihren Vorstellungen für die Zukunft, ergibt sich oft eine große Diskrepanz zu der später gelebten Realität. Sie haben mehrheitlich einen Kinderwunsch, wollen diesen auch nicht sehr weit hinausschieben und wünschen sich zwei Kinder.

In puncto gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf können aber auch die kleineren Städte und Gemeinden für sich werben, indem sie jungen Frauen und Männern verdeutlichen, wie gut sie hier leben können

Franz Müntefering im Gespräch mit Renate Drewke (AWO WW/ZFF) und Christiane Reckmann (ZFF)

– und sie nicht in dem Irrglauben belassen, dass dies nur die großen Universitätsstädte leisten können.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der Umgang mit der Situation der Alleinerziehenden. 95 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Viele von ihnen müssen sich durch das neue Unterhaltsrecht in kürzester Zeit eine eigene Erwerbstätigkeit aufbauen. Häufig erfolgt dies nur über einen Minijob. Die Auswirkungen auf die Alterssicherung von Frauen sind bekannt.

Der demografische Wandel führt nicht zu dem vielbeschworenen Kampf zwischen den Generationen. Was die Gesellschaft teilt, ist die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich. Generationengerechtigkeit ist daher wichtig, noch wichtiger ist aber eine gerechte Gesellschaft. Ein Ansatzpunkt könnte hier eine solidarische Versicherung sein. Denn derzeit sind nur rund 70 Prozent der Erwerbstätigen in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert.

Eine weitere Herausforderung des demografischen Wandels ist der Umgang mit dem Fachkräftemangel. Wo kommen z.B. neue Fachkräfte für die steigende Zahl der Pflegebedürftigen her? Die ausländischen Fachkräfte können hier nicht alles auffangen, vielmehr muss der Dienst am Menschen anders bewertet werden als es bisher der Fall gewesen ist. Dazu gehört vor allem eine bessere Entlohnung der helfenden Berufe.

Und was passiert in den Familien, wenn die Zahl derer, die Pflege benötigen, steigt? Vor allem in Familien, die keine bzw. wenige Kinder haben? Dies kann nur gelöst werden, indem die Pflege als eine professionelle Aufgabe anerkannt wird. Ansonsten gehen viele Menschen, die vor den Betten stehen schneller in die Knie als diejenigen, die darin liegen. Denn die gleichzeitige Pflege und Betreuung von Großeltern und/oder von kleinen Kindern ist für viele Familien neben dem Beruf nicht leistbar.

Franz Müntefering im Gespräch mit Wolfgang Altenbernd (AWO WW) und Michael Scheffler MdL (AWO WW)

Hierzu gehört auch, die „Rush Hour des Lebens“ zu entzerren. Aber nicht nur über eine andere Verteilung von Zeit, auch über eine Umverteilung von Geld müsste diskutiert werden. Die Gesellschaft lamentiert viel zu intensiv über die Armut der Rentnerinnen und Rentner, dabei müsste mehr Geld für Familien mit kleinen Kindern bereitgestellt werden.

Dennoch, seit Franz-Josef Wuermeling haben wir eine Menge erreicht und auch gelernt. Diese Errungenschaften müssen nur besser kommuniziert werden. ■

von oben nach unten: Alfons Wissmann, Renate Drewke, Franziska Woellert

Diskussionsrunde 1:

Wie wirkt sich die demografische Entwicklung auf das Zusammenleben in und mit der Familie aus?

Worum geht es eigentlich beim demografischen Wandel? Welchen Platz findet die nachwachsende Generation in der Gesellschaft und wie gestalten sich die Lebensbedingungen von Kindern heute? Dies diskutierten Renate Drewke (Vorstandsmitglied AWO WW und ZFF), Alfons Wissmann (Referat Erziehung und Bildung der Stadt Gelsenkirchen) und Franziska Woellert (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

Unsere Gesellschaft schrumpft und altert zugleich. Derzeit leben 80 Millionen Menschen in Deutschland. Bis 2050 sinkt diese Zahl auf 73 Millionen und jeder achte Mensch in Deutschland wird über 80 Jahre alt sein. Nicht nur die Zahl der Kinder wird sinken, auch der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung. Woellert konstatiert große Herausforderungen für die Sozialsysteme, da diese auf einem Generationenvertrag beruhen. Zentrale Fragen sind: Wie finanzieren wir die Renten der zukünftigen Generationen? Und gleichzeitig: Wie sichern wir Familien mit Kindern ab und welche Strukturen braucht es, dass mehr Paare ihre Kinderwünsche auch erfüllen können? Die Evaluation der familienpolitischen Maßnahmen hat zuletzt noch einmal bestätigt, so Woellert, dass die Überwindung der Vereinbarkeitsproblematik eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass Menschen auch die Kinder bekommen, die sie wollen.

Für Gelsenkirchen, knüpft Wissmann an, ist es zentral, gute Lebensbedingungen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder herzustellen. Denn die Zukunftsfähigkeit einer städtischen Gesellschaft im demografischen Wandel misst sich vor allem an den Teilhabechancen für Familien und deren Kinder. Gelsenkirchen verzeichnet große Erfolge durch eine aufsuchende Familienhilfe und eine gute Betreuungsinfrastruktur.

Für Familien im demografischen Wandel ist es wichtig, dass sie in ihrer Vielfalt gesehen werden, betont Drewke. Familie besteht nicht nur aus Eltern mit kleinen Kindern, sondern auch aus Erwachsenen mit zu pflegenden Angehörigen. Darüber hinaus nehmen vielfältige Familienformen wie Patchwork-, Regenbogen- und Einelternfamilien zu. Für die Beziehung zwischen den Generationen ist das nicht immer einfach. Wer übernimmt Fürsorgeaufgaben für die Älteren, wenn – wie z.B. in einer Patchworkfamilie – mehr als zwei Großeltern vorhanden sind? Können und sollen Alleinerziehende, neben ihrer Doppelbelastung im Alltag, auch noch ihre Eltern pflegen? Hilfe und Unterstützung im Alltag kann es aber auch über verwandtschaftliche Beziehungen hinaus geben, so Drewke.

Einig sind sich die Diskussionsteilnehmer/innen vor allem darin, dass Familien zur Entlastung mehr Zeit und Geld benötigen. Drewke verweist auf das neue Elterngeld Plus und auf die Idee einer Familienarbeitszeit, die eine geteilte Verantwortung zwischen Mutter und Vater und mehr zeitliche Flexibilität befördern. Woellert fordert, dass Kinderlose mehr zur Verantwortung gezogen werden müssten, da sie im derzeitigen System stärker profitieren als Familien mit Kindern. Drewke und Wissmann verneinen dies. Wichtiger ist eine Reform der Familienförderung: Weg von der Eheförderung, weg von der Förderung über Steuern hin zu einer kindzentrierten Förderung in Form einer Kindergrundsicherung, so Drewke abschließend. ■

von oben nach unten:
Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier,
Michael Groß MdB,
Lisa Wilczek,
Christiane Reckmann

Diskussionsrunde 2:

Wie verändern sich Lebensräume, Sozialräume und Versorgungsstrukturen für Familien?

Was brauchen junge Familien und ältere Menschen in ihren unmittelbaren Lebens- und Wohnräumen? Wie wirkt sich die demografische Entwicklung auf die Lebensräume in Stadt und Land aus und wie können Wohnungswirtschaft, Politik und Sozialverbände zusammen gegen soziale Segregation vorgehen? Darüber sprachen Michael Groß MdB, Dr. Erika Neubauer (Vorstandsmitglied BAGSO), Christiane Reckmann (Vorsitzende ZFF), Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Ruhr-Universität Bochum) und Lisa Wilczek (Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen).

Für Seniorinnen und Senioren sind, betont Neubauer, ähnlich wie für Familien mit kleinen Kindern, kurze Wege zu Versorgungsstrukturen wichtig. Darüber hinaus gibt es immer mehr Projekte, die das Miteinander auch nicht verwandter Generationen fördern, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser. Auch eine gute Quartiersentwicklung lebt von einer altersgemischten und generationenübergreifenden Struktur.

Wenig Gestaltungsmöglichkeiten gibt es in Stadtteilen, in denen sich Einkommens-, Beteiligungs- und Bildungsarmut konzentrieren, führt Strohmeier weiter aus. Oft sind diese Quartiere durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet. Solidarität und gegenseitiges Miteinander können so nicht wachsen. Eine gute Infrastruktur z.B. in Form von guten Kindergärten und Schulen könnte vielerorts die Segregation verlangsamen und Kindern eine Chance geben.

Groß hingegen ist der Meinung, dass eine gute Quartierspolitik zwar den demografischen Wandel gestalten, aber die Armut nicht überwinden kann. Dafür braucht es aus seiner Sicht eine Kombination aus Mindestlöhnen und einer guten Tarifpolitik. Gleichzeitig müssen Demokratisierungsprozesse angestoßen werden. Dafür müssen alle Akteure vernetzt und an einen Tisch geholt werden.

Ein großes Problem dabei ist vielerorts, dass solche Prozesse einen langen Atem brauchen und viele Städte dafür zu wenig Geld haben.

Wilczek wirbt für verlässliche Rahmenbedingungen für die Wohnungswirtschaft . In NRW führt die Umstellung der sozialen Wohnraumförderung auf eine mehrjährige Förderung aus ihrer Sicht vielerorts zu mehr Handlungsspielraum. Ebenso müssen Städte genügend Fläche zur Verfügung stellen können und Flächen nicht nur nach dem Höchstgebot verkaufen müssen. Die Wohnungswirtschaft ist bei allem aber nur die „Hardware“, so Wilczek. Denn um Versorgungssicherheit zu bieten, müssen pflegerische und soziale Dienstleistungen in den Quartieren vorhanden sein.

Familien und ältere Menschen leben aber nicht nur in der Stadt, sondern auch der ländliche Raum ist für viele Wohn- und Lebensraum, merkt Christiane Reckmann an. Alterung und rückläufige Geburtenentwicklung treffen diese Regionen in besonderem Maße. Oft fehlen Betreuungsinfrastrukturen für Familien und ein ausreichendes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. Um Abwanderung zu verhindern, muss es in Deutschland eine andere Strukturpolitik geben. Ebenso sind neue und innovative Ideen für das Leben im ländlichen Raum unerlässlich. ■

Diskussionsrunde 3:

Vor welchen Herausforderungen stehen unsere Sozialsysteme?

© Privat

von oben nach unten: Dr. Erika Neubauer, Dr. Wilfried Reckert, Dr. Josef Hülsdünker, Antje Funcke

Was bedeutet der demografische Wandel für unsere Sozialsysteme? Kann und soll die Familie die familiäre Pflege in Zukunft überhaupt noch leisten und wie könnte eine Reform unserer Sozialsysteme aussehen? Diesen Fragen gingen Antje Funcke (Bertelsmann-Stiftung), Dr. Josef Hülsdünker (DGB Emscher-Lippe, Dr. Erika Neubauer (Vorstandmitglied BAGSO) und Dr. Wilfried Reckert (Generationennetz Gelsenkirchen e.V.) nach.

Die Stadt Gelsenkirchen kann vor Ort die Sozialsysteme nicht gesetzlich ändern, aber sie kann die Zivilgesellschaft fördern bzw. demografiefest machen, so Reckert. Das Generationennetz Gelsenkirchen wendet sich mit seinem Projekt „Nachbarschaftsstifter“ an ältere Menschen. Derzeit gibt es 86 aktive Ältere, die als Nachbarschaftsstifter tätig sind. Sie werden darin unterstützt und geschult eigene Projekte zu schaffen und sind Lotsen/-innen in einem weit verzweigten Netz der Hilfen vor Ort. Ehrenamtliches Engagement, so Reckert weiter, braucht aber Kontinuität und entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen. Als wünschenswert fordert Reckert präventiv wirkende Sozialsysteme.

Ehrenamtliches Engagement kann auch viele Familien vor der Überforderung schützen. Mit dem Pflegebegleitprogramm der BAGSO werden private Helfer/innen professionell ausgebildet, Familien in Zeiten der Kinderbetreuung oder der Pflege zur Seite zu stehen, berichtet Neubauer. Ältere Menschen sind nicht nur eine künftige Belastung, weil sie pflegebedürftig werden oder Familienzeit in Anspruch nehmen. Seniorenvertreter/innen zeigen, dass sie auch Familienzeit sparen können.

© Veit Mette/Bertelsmann Stiftung

Der präventive Gedanke fehlt auch in Bezug auf die Erziehung und Ausbildung von Kindern, fährt Funcke fort. In dem bereits abgeschlossenen Projekt der Bertelsmann Stiftung „Folgekosten unzureichender Bildung“ werden die Kosten für den Staat beziffert, die entstehen, wenn Kinder keinen Schulabschluss machen. Die Familie muss als Lebens- und Bildungsort gesehen werden. Damit Eltern dies leisten können, brauchen sie finanzielle Sicherheit. Derzeit werden aber die Leistungen, die Familien erbringen, nicht über das Sozialsystem abgedeckt, so Funcke. Aus Sicht der Bertelsmann Stiftung sollte hier dringend Familiengerechtigkeit hergestellt werden.

Eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Familiengerechtigkeit spielen auch die Gewerkschaften. Auf dem diesjährigen DGB

© DGB Region Emscher-Lippe

Bundeskongress wurde die Erhöhung der zeitlichen Flexibilität der Arbeitnehmer/innen viel diskutiert, berichtet Hülsdünker. Menschen mit Sorgeverantwortung für kleine Kinder oder zu pflegende Angehörige brauchen die Möglichkeit, sich Auszeiten zu nehmen bzw. die Arbeitszeit zu reduzieren. Solche Flexibilisierungsregelungen, sind schon in vielen Tarifverträgen zu finden. Aber, die Gewerkschaften können bisher nur helfen, Spielräume zu entwickeln. Beschlüsse der Gewerkschaften sind nicht automatisch Lebenswirklichkeit der Beschäftigten im Unternehmen. Ist man ernsthaft an einer Verbesserung der Lage interessiert, dann dürfen Familien nicht mehr länger unter den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft leben, sondern die Wirtschaft sollte unter den Gesetzmäßigkeiten der Familie funktionieren, schließt Hülsdünker. ■

Verabschiedung

Christiane Reckmann, Vorsitzende ZFF

„Die Politik muss die Teilhabe und die Potenziale aller Menschen fördern. Denn auf diese ist eine alternde, bunte und vielfältige Gesellschaft in besonderem Maße angewiesen. Die Familienpolitik kann dazu ihren Teil beitragen:

v.l.n.r. Michael Scheffler MdL (AWO WW), Franz Müntefering, Christiane Reckmann (ZFF), Wolfgang Altenbernd (AWO WW)

Die Bekämpfung der Kinderarmut und gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Kindererziehung bzw. Pflege mit dem Beruf stehen dabei aus Sicht des ZFF an vorderster Stelle. Die Präzisierung von Herausforderungen des demografischen Wandels für Familien und die Entwicklung von Lösungsansätzen werden das ZFF in Zukunft beschäftigen. In Diskussionsrunden, Tagungen und Positionspapieren wollen wir u.a. Fragen zur Zukunft der Pflege, zur Vermeidung von Altersarmut aber auch Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Generationenbeziehungen diskutieren.“

v.l.n.r.: Heike Gebhard MdL, Michale Scheffler MdL (AWO WW), Franz Müntefering, Renate Drewke (AWO WW/ZFF), Wolfgang Altenbernd (AWO WW), Gudrun Wischnewski (AWO Gelsenkirchen/Bottrop), Frank Baranowski (Oberbürgermeister Stadt Gelsenkirchen), Christiane Reckmann (ZFF)

Die Veranstalter

Zukunftsforum Familie e.V.

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und kämpft für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Neben Gliederungen der AWO sind dort unter anderem die Bundesvereinigung der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert.

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Der Bezirksverband Westliches Westfalen e.V. ist Teil der Arbeiterwohlfahrt Deutschlands. Er umfasst die Regierungsbezirke Arnsberg und Münster – die Region zwischen Bocholt und Lippstadt, Steinfurt und Siegen, im Zentrum das Ruhrgebiet. In unseren Einrichtungen engagieren wir uns für alle, die auf Unterstützung angewiesen sind. In den Ortsvereinen sind unsere Mitglieder aktiv – viele Freiwillige unterstützen unsere Arbeit. Und nicht zuletzt sind wir politisches Sprachrohr für all jene, die keine Lobby haben. Mit einem Satz: Wir sind da, wenn Hilfe gebraucht wird.

zukunftsforum familie e.v.

Zukunftsforum Familie e.V.
Barbara König, Geschäftsführerin
info@zukunftsforum-familie.de
Tel.: 030 2592728-20
Fax: 030 2592728-60
www.zukunftsforum-familie.de

AWO Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.
Jörg Richard, stv. Geschäftsführer
richard@awo-ww.de
Tel.: 0231 5483-186
Fax: 0231 5483-189
www.awo-ww.de

Impressum

Herausgeber:
Zukunftsforum Familie e.V./
AWO Westliches Westfalen e.V.

Verantwortlich:
Barbara König

Redaktion:
Barbara König, Dr. Bettina Rainer,
Nikola Schopp

Moderation und inhaltliche Vorbereitung:
Cornelia Benninghoven, Köln

Fotos:
Georg Oligmüller, Essen

Gestaltung:
büro G29, Aachen

Druck:
KOMAG mbH, Berlin-Brandenburg

Auflage:
800 Stück

Bezugsadresse:
Zukunftsforum Familie e.V.
Markgrafenstraße 11
10969 Berlin
Telefon: 030 2592728-20
Telefax: 030 2592728-60
info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

facebook/zukunftsforum-familie

Berlin, September 2014

Gefördert durch die GlücksSpirale